

Jonathan Kaplan

Zwischen Antizionismus und Antisemitismus: Die Israelpolitik der DDR im historischen Kontext

Am 9. Juni 1967, kurz vor dem Ende des Sechstagekriegs zwischen Jordanien, Syrien, Ägypten und Israel, veröffentlichte eine Gruppe jüdischer Bürgerinnen und Bürger der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), darunter die Künstlerin Lea Grundig, der Philosoph Franz Loeser und der Schauspieler Gerry Wolff, in ostdeutschen Zeitungen eine Erklärung zu ihrer politischen Haltung zu den Ereignissen im Nahen Osten:



Als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik jüdischer Herkunft erheben wir unsere Stimme, um feierlich die Aggression zu verurteilen, der sich die herrschenden Kreise Israels gegen die arabischen Nachbarstaaten schuldig gemacht haben. [...] Es ist die Politik der Aggression, welche die Existenz Israels aufs Spiel setzt und das Leben all seine Bürger auf das schwerste gefährdet [...].¹

Verantwortlich für das Erscheinen dieser Erklärung war unter anderem Albert Norden, der als Beauftragter für Agitation im Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) eine zentrale Rolle in der DDR-Außenpolitik und Auslandspropaganda spielte. Norden (Jg. 1904) wuchs in

einer religiös-liberalen jüdischen Familie auf und war schon vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs in kommunistischen Kreisen aktiv.² Sein Vater Joseph Norden, der bis 1935 Gemein-

1 Albert Norden (1904–1982), Aufnahme von September 1963.

¹ Erklärung jüdischer Bürger der DDR. In: Neues Deutschland, 9.6.1967, S. 2. Mehr über die Hintergründe hinter der Veröffentlichung der Erklärung siehe: Karin Hartewig: Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR. Köln/Weimar/Wien 2000, S. 567–570.

² In seiner Biografie wird beschrieben, wie Nordens Herkunft seine politische Karriere prägte. Siehe Norbert Podewin: Albert Norden. Der Rabbinersohn im Politbüro. Berlin 2003.

derabbiner in Elberfeld bei Wuppertal war, wurde 1942 nach Theresienstadt deportiert, wo er 1943 ermordet wurde.³

In diesem Beitrag werden die Positionen der DDR zum Staat Israel und zum Zionismus diskutiert. Die historische Forschung zeigt, dass in der DDR der Begriff ‚Zionismus‘ in verschiedenen Kontexten Anwendung fand: Zuerst mit Blick auf die Beziehung zu Israel – wie beispielweise im Rahmen der Wiedergutmachungsabkommen in den 1950er-Jahren –, in Bezug auf die Nahostpolitik der DDR, aber auch in der Haltung zu jüdischem Leben in der DDR. Dementsprechend wurden die hier dargestellten ostdeutschen Interpretationen des Zionismus von verschiedenen Akteurinnen und Akteuren artikuliert, so von der DDR-Regierung, von führenden Persönlichkeiten aus den Reihen der SED, von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Staatssicherheit und auch von jüdischen Bürgerinnen und Bürgern der DDR. Im Gegensatz zur DDR nahm die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen zu Israel auf und erkannte die Schuld sowie Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus an, was sich beispielsweise in den Wiedergutmachungsabkommen von 1952 zeigte. Die sich verändernde Haltung der DDR gegenüber Israel und dem Zionismus betrachte ich als ein zentrales Element der ostdeutschen Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit. Dieser Artikel beginnt mit einem kurzen Überblick über zentrale Werke zum Thema DDR-Israel-Beziehungen und stellt dann Archivmaterialien vor, die das Spannungsfeld in der Auseinandersetzung der DDR-Führung mit dem Zionismus widerspiegeln. Ziel dieses Artikels ist es, aufzuzeigen, wie in der DDR Zionismus definiert, betrachtet und kritisiert wurde und wie dies das politische Verhältnis Ostdeutschlands zu Israel als einem ‚jüdischen Staat‘ beeinflusste.

Forschungsstand

Die Geschichtsschreibung über die Entwicklung der DDR-Israel-Beziehungen wird von der Frage des Antisemitismus in der Deutschen Demokratischen Republik geprägt. Die Historikerin Angelika Timm war eine der ersten, die sich dem

³ Die Inhaftierungsdokumente, die in den Arolsen Archives verwahrt werden, geben keinen Aufschluss über die genauen Todesumstände, sondern führen lediglich das Sterbedatum des 7. Februar 1943 an. Vgl. Arolsen Archives, Inhaftierungsdokumente, Signatur 11422011224.

Thema umfassend widmete.⁴ Timm begann ihre Karriere in der DDR als Nahostforscherin, mit Fokus auf dem Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands konnte sie ihre Expertise als erste Direktorin der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Tel Aviv zwischen 2009 und 2015 einbringen. Als Beobachterin der deutsch-israelischen Beziehungen in der Zeit vor und nach der Wende leistete Timm wichtige und einzigartige Beiträge zum historischen Diskurs. Obwohl Timm in ihren Werken auch die Israel-Politik bzw. die antiisraelischen Positionen der DDR kritisiert, gelangt sie zu einer klaren Schlussfolgerung, die sich von anderen Historikerinnen und Historikern unterscheidet: Die DDR war kein antisemitischer Staat.⁵ Das begründet Timm mit einer Analyse der politischen Grundlagen der kommunistischen Ideologie aus der deutschen Geschichte. Timm erklärt die früheren marxistisch-leninistischen Prinzipien, die die spätere Haltung der DDR zum jüdischen Nationalismus und Zionismus bezeichneten: Da die kommunistische Ideologie den Antisemitismus in Deutschland als Teil eines wirtschaftlichen und politischen Problems ansah, war die Lösung in Deutschland die Assimilation der jüdischen Bevölkerung in die Gesellschaft, das heißt, die Juden sollten sich aktiv an der Arbeiterrevolution beteiligen. Nach dieser Interpretation des marxistisch-leninistischen Kommunismus wurde das Judentum lediglich als eine Religion betrachtet, ohne kulturelle oder nationale Aspekte.⁶ Daher sollte der Zionismus nicht als Antwort auf den Antisemitismus missverstanden werden. Aus zionistischer Perspektive steht dies in völligem Widerspruch zu den Grundprinzipien dieser nationalen Bewegung selbst, die eine Gründung eines Nationalstaates für Jüdinnen und Juden als die einzige Lösung für den Antisemitismus sah. Der in Europa entwickelte Zionismus war also laut der marxistisch-leninistischen Gesellschaftsanalyse eine bürgerlich-nationalistische Ideologie. Diese Wahrnehmung verstärkte sich später während des Kalten Krieges, als die westlichen Siegermächte an der Seite Israels standen und den jungen Staat finanziell und militärisch unterstützten. Dies erklärt auch, warum der Zionismus ein zentrales Thema der antiwestlichen Propaganda der Sowjetunion war.

⁴ Vgl. Angelika Timm: *Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel*. Bonn 1997.

⁵ Angelika Timm: *Views on Zionism and Israel in East Germany*. In: *Shofar. An Interdisciplinary Journal of Jewish Studies* 18, 3 (2000), S. 109.

⁶ *Ebd.*, S. 93 f.

Andere Historiker wie Michael Wolffsohn und Jeffrey Herf beurteilen die DDR und die Kritik an Israel grundsätzlich als antisemitisch. So bezeichnet Wolffsohn ostdeutsche jüdische Persönlichkeiten, die von der DDR-Führung zur Verbreitung und Rechtfertigung der antiisraelischen Propaganda missbraucht wurden, als „nützliche Idioten“⁷. Herf legte mit seinem wichtigen Werk *Zweierlei Erinnerung* zum ersten Mal eine historische Analyse der deutschen Geschichte in den Jahren nach dem Krieg als eine gemeinsame Geschichte vor.⁸ In einer seiner jüngsten Veröffentlichungen arbeitete Herf die antisemitischen Motive der DDR-Außenpolitik bei ihrem Eingreifen in den Nahostkonflikt heraus.⁹

DDR und Zionismus: Von der Duldung zur Ablehnung

Die Haltung gegenüber dem Zionismus und dem Staat Israel in der Sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR war in den ersten Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Anfang der 1950er-Jahre von den internationalen geopolitischen Bedingungen geprägt. Die Sowjetunion als eine der Siegermächte im Zweiten Weltkrieg sah in der Gründung Israels eine Gelegenheit, im Nahen Osten Fuß zu fassen, und stimmte der UNO-Erklärung vom 29. November 1947 über die Aufteilung Palästinas zwischen Juden und Arabern zu. Diese politische und moralische Akzeptanz des zionistischen Staates konnte durch die sowjetischen Satellitenstaaten – darunter auch die DDR – implementiert werden. Führende DDR-Politiker, hauptsächlich jüdischer Herkunft, waren bereit, sich direkt an die israelische Bevölkerung zu wenden. Ein bemerkenswertes Beispiel dafür war eine Reihe von Interviews, die der bereits erwähnte Albert Norden der *Kol Ha'am* („Stimme des Volkes“) gab, dem Organ der Kommunistischen Par-

2 Titelseite der Zeitung Kol Ha'am vom 25. Mai 1951.



⁷ Michael Wolffsohn: *Die Deutschland-Akte. Juden und Deutsche in Ost und West. Tatsachen und Legenden.* München 1995, S. 14.
⁸ Vgl. Jeffrey Herf: *Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland.* Berlin 1998.
⁹ Vgl. Jeffrey Herf: *Undeclared Wars with Israel. East Germany and the West German Far Left, 1967–1989.* New York 2016. Ist auch auf Deutsch erschienen.

tei Israels. In diesen Interviews erläuterte Norden den Standpunkt der DDR zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit in Nachkriegsdeutschland vor allem mit den fehlenden Entnazifizierungsprozessen in der Bundesrepublik und deren angeblichem Erfolg in der DDR.¹⁰ Damit konnte er die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland hervorheben und zugleich den freundlichen und friedlichen Charakter des neuen antifaschistischen Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone präsentieren.



3 Rudolf Slánský bei seiner Aussage vor Gericht, 1952.

Der Slánský-Prozess in Prag im Jahr 1952, bei dem der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSČ) Rudolf Slánský, zusammen mit anderen Parteimitgliedern – mehrere wie Slánský selbst jüdischer Herkunft – wegen einer angeblichen „trozkistisch-titoistisch-zionistischen Verschwörung“ angeklagt wurde, markierte das Ende der kurzen ‚Idylle‘ der späten 1940er- und frühen 1950er-Jahre. Dies und andere Schauprozesse lösten eine antizionistische bzw. antisemitische Welle im Ostblock aus. Als Folge wurden im Zuge politischer Säuberungen innerhalb der Führung der SED viele

Politiker jüdischer Herkunft aus ihren Ämtern entfernt. In dieser Zeit entschlossen sich viele Jüdinnen und Juden, die DDR zu verlassen und in die Bundesrepublik zu fliehen. Erst nach dem Tod Stalins 1953 und der folgenden Entstalinisierung im Ostblock konnten die in der DDR gebliebenen deutschen Jüdinnen und Juden wieder politische Ämter bekleiden. Einen derartigen beruflichen Werdegang hatte Günter Nobel. Aus Nobels Personalakte geht hervor, dass er Anfang der 1950er-Jahre aus „kaderpolitischen Gründen“ von seiner offiziellen Funktion als Sektionsleiter für Außenhandel im ZK der SED zurücktreten musste. Nach seiner ‚Rehabilitierung‘ machte er Karriere im diplomatischen Dienst der DDR, unter anderem als Delegierter in Schweden. Nobel (Jg. 1913), Sohn des Rabbiners Israel Nobel, war parteitreuer Kommunist, wie man in seinen Memoiren aus den 1970er-Jahren über die Zeit seines Exils in Shanghai lesen kann. Hier erfährt man auch vieles über die Haltung eines deutsch-jüdischen kommunistischen ‚Hardliners‘ gegenüber

¹⁰ Siehe: Ein Gespräch mit Albert Norden. In: Kol Ha’am, 25. Mai 1951, S. 1; Über das Kriegsministerium Adenauers. In: Kol Ha’am, 22.1.1954, S. 1.

Zionismus und Israel. In Shanghai distanzieren er und seine Frau Genia sich von den ‚bürgerlichen‘ Juden.¹¹ Das Paar hatte sich entschieden, nach Shanghai und nicht nach Palästina auszuwandern, „weil wir als Kommunisten die Politik des Zionismus, die Gründung eines Staates der Juden auf Kosten und gegen den Willen der Palästinenser grundsätzlich ablehnten“.¹² Trotzdem zeigten sie Sympathie für die jüdischen Exilantinnen und Exilanten, die nach dem Krieg nicht „in das Land, wo ihre Menschenwürde buchstäblich mit Füßen getreten und viele Angehörige und Freunde ermordet wurden“, zurückgekehrt sind.¹³

Die Stasi und der Zionismus

Zahlreiche Korrespondenzen der Staatssicherheit aus den 1950er-Jahren dokumentieren nicht nur die Schicksale einzelner jüdischer Persönlichkeiten, sondern auch die umfassende Beschäftigung dieses Ministeriums mit der vermeintlichen „politischen Gefahr“ des Zionismus. Die folgenden Beispiele stellen interessante Einblicke in das Denken der DDR-Führung über den Zionismus vor.¹⁴

Am 15. Januar 1953 erhielt Staatssekretär Mielke ein Schreiben der Bezirksverwaltung Dresden mit dem Titel *Diskussion über Zionisten*. Thema war die Republikflucht von Leon Löwenkopf, Holocaustüberlebender, Mitbegründer der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und erster Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Dresden nach 1945. In diesem Brief wird Löwenkopf als „führender Funktionär der Zionisten“¹⁵ bezeichnet. Zusammen mit diesem Schreiben befindet sich in derselben Mappe ein Dokument mit dem Titel *Material für Zionismus*, das interessante Erkenntnisse über das Geschichtsverständnis der DDR zulässt. Das Dokument beginnt mit einer sachlichen Definition des Zionismus: „Unter

¹¹ Ein Porträt von Genia und Günter Nobel basierend auf Interviews und Archivmaterial, stellt Karin Hartewig vor in: Karin Hartewig, *Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR*. Köln/Weimar/Wien 2000, S. 147-158.

¹² Günter und Genia Nobel: Als politische Emigranten in Shanghai. In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BZG)* 6 (1979), S. 884.

¹³ Ebd.

¹⁴ Einen Überblick über die antizionistischen Ansichten der Stasi bietet Karin Hartewig in: Karin Hartewig, *Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR*. Köln/Weimar/Wien 2000, S. 603-609.

¹⁵ Bundesarchiv (im Folgenden BArch), MfS, HA XX/4, Nr. 2165, Diskussionen über Zionisten, 15. Januar 1953.

Zionismus versteht man die Bewegung innerhalb des Judentums, die zur Wiederherstellung eines selbstständigen jüdischen Volksstaates führen will.¹⁶ Es folgt eine Darstellung der Geschichte der Juden seit biblischer Zeit, unter anderem eine biografische Zusammenfassung der Stammväter des Judentums – Abraham, Isaak und Jakob. Dann wird die Vertreibung der Juden aus *Eretz Israel* beschrieben:

Trotz ihrer politischen Vernichtung [nach der Vertreibung aus dem Nordreich Israel; Anm. J. K.] gingen die Juden nicht wie ihre Stammesbrüder im Nordreich unter, sondern blieben als ein Volk ohne Heimat bestehen. Zusammengehalten durch das Gesetz des Moses und die Verheißungen der Propheten, die ihnen einen Messias in Aussicht stellten, der sie in das gelobte Land zurückführen und ein herrliches Reich aufrichten würde. Danach soll ihnen einmal die Weltherrschaft zufallen.¹⁷

Diese Konstellation sei einer der Gründe für die Entwicklung des jüdischen Nationalismus – des Zionismus – in der Vormoderne gewesen. Daher wird eine mit antisemitischen Stereotypen erweiterte Definition des Zionismus vorgeschlagen:

Zionismus ist also die Erwartung, einmal in die alte Heimat Palästina zurückzukehren, wieder ein Volk zu werden und die Weltherrschaft anzutreten. [...] Dieser Zionismus findet, so merkwürdig es auch klingen mag, in weiten Kreisen der Christenheit trotz aller Judenhetze, Pogrome und Rassenverachtung weithin Sympathie.¹⁸

Die obengenannten Definitionen bildeten auch die Grundlage für die Definition des modernen Zionismus in dem Dokument der Stasi:

Infolge stärkerer Judenverfolgungen im früheren Russland und Polen versuchte die Judenschaft[,] den Flüchtlingen und Bedrückten eine Heimstätte in Palästina zu verschaffen. [...] Die nach Palästina Verschiedten dachten aber meist nicht an Arbeit, sondern schacherten und

¹⁶ BArch, MfS, HA XX/4, Nr. 2165, Material für Zionismus, o. D.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Ebd.

kehren dann nach Europa zurück. Besonders blühte die Bodenspekulation, als die Nachfrage die Preise für Grund und Boden in die Höhe trieb.¹⁹

Im nächsten Abschnitt werden zionistische Persönlichkeiten wie Theodor Herzl, Chaim Weizmann und David Ben-Gurion sowie zentrale Ereignisse wie der Zionistische Weltkongress oder die Balfour-Deklaration kurz zusammengefasst. Betont wird auch die Rolle des Antisemitismus bei der Entstehung des modernen Zionismus: „Unter der Bedrängung des Antisemitismus steigerte sich die Einwanderung [nach Palästina; Anm. J. K.] außerordentlich.“²⁰

Wie üblich für ein Dokument einer marxistisch-leninistischen Organisation wurde auch die Rolle des US-Imperialismus nicht außer Acht gelassen, die angeblich die Juden bzw. die Zionisten unterstützten: „Die amerikanischen Präsidenten haben die Juden immer als ihre Schützlinge betrachtet. Von den USA erhielten und erhalten die Juden 60 Millionen Dollar Hilfe.“²¹

Interessanterweise stellen diese Erklärungen aus dem Jahr 1953 Zionismus nicht als ein neues Phänomen des 19. Jahrhunderts dar, sondern als den historisch bedingten Wunsch des jüdischen Volkes, eine Heimat in Eretz Israel zu gründen. Dass der Antisemitismus als einer der Hauptgründe für die Entwicklung des Zionismus genannt wird, widerspricht dem traditionellen kommunistischen Verständnis des Zionismus als einer modernen bürgerlich-nationalistischen Ideologie.

Der Nahostkonflikt und antizionistische Kampagnen

Im Zeitraum ab Mitte der 1950er-Jahre – also nach dem Tod Stalins – bis zum Ende der 1960er-Jahre fanden mehrere Kontakte zwischen ostdeutschen Funktionären und Vertretern der israelischen Regierung statt, sodass dieser als Höhepunkt der Beziehungen zwischen der DDR, Israel und den Juden im Ausland gelten kann. Einer der Gründe dafür waren die internationalen Prozesse gegen Nazi- und Kriegsverbrecher. Der Eichmann-Prozess im Jahr 1961 in Jerusalem und andere Prozesse gegen Nazis waren für die DDR eine Gelegenheit, der Welt zu zeigen, wie sehr sich das antifaschistische Deutsch-

¹⁹ Ebd.

²⁰ Ebd.

²¹ Ebd.

land im Kampf gegen Nazis engagierte und sich für Gerechtigkeit gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus einsetzte.²² Der Besuch Walter Ulbrichts in der Vereinigten Arabischen Republik, der Sechstagekrieg im Jahr 1967 sowie die daraus resultierende Positionierung der Sowjetunion zur Situation im Nahen Osten veränderten auch die Haltung der DDR gegenüber Israel. Schlagzeilen im *Neuen Deutschland* – dem Zentralorgan der SED – aus den Tagen des Krieges spiegeln diesen Standpunkt wider: „Israel begann Aggression gegen arabische Staaten“²³ oder „UdSSR kündigt Sanktionen gegen den Aggressor an“²⁴. Nach dem Überraschungsangriff Ägyptens und Syriens auf Israel im Jom-Kippur-Krieg 1973 wurde der Ton der DDR gegenüber Israel schärfer. Die Sowjetunion führte über ihre osteuropäischen Satellitenstaaten eine große und aggressive antizionistische bzw. antiisraelische Kampagne durch. Die Schlagzeilen des *Neuen Deutschlands* aus den Tagen danach zeigen diese Zuspitzung: „Schwere Angriffe Israels auf Ägypten, Syrien und Libanon“²⁵, „Die Welt verurteilt Aggressor Israel“²⁶, und „Schwere Verluste für den israelischen Aggressor“²⁷.

Einer der entscheidenden Momente der antiisraelischen Kampagnen in den 1970er-Jahren war die UN-Resolution von 1975, die den Zionismus als eine Form des Rassismus verurteilte. Archivmaterial zeigt, wie diese Resolution auch verschiedene DDR-Behörden beschäftigte. In einem Heft aus dem Jahr 1975 mit dem Titel *Der Zionismus ein Werkzeug der imperialistischen Reaktion* werden unter anderem „Fragen zur Rolle und zum Wesen des Zionismus gestellt“.²⁸ Die Beiträge in dem Heft wurden ausschließlich aus sowjetischen Quellen übersetzt. Das Heft behandelt den Zionismus „als eine Ideologie, die den Interessen der Völker, darunter auch den wahren

²² Vgl. Annette Leo: Eichmann, Globke und die DDR. In: Anetta Kahane et al. (Hg.): „Das hat's bei uns nicht gegeben!“ Antisemitismus in der DDR – Das Buch zur Ausstellung der Amadeu Antonio Stiftung. Berlin 2010, S. 20–30. Über die Berichtserstattung der DDR-Presse zum Fall Eichmann: Peter Krause: *Der Eichmann-Prozess in der deutschen Presse*. Frankfurt a. M., New York 2002, S. 208–243.

²³ Neues Deutschland, 6. Juni 1967, S. 1.

²⁴ Neues Deutschland, 11. Juni 1967, S. 1.

²⁵ Neues Deutschland, 7. Oktober 1973, S. 1.

²⁶ Neues Deutschland, 9. oktober 1973, S. 1.

²⁷ Neues Deutschland, 11. Oktober 1973, S. 1.

²⁸ BArch DO 4/1371, Fritz Lang: Vorwort. In: *Das Argument. Der Zionismus. Ein Werkzeug der imperialistischen Reaktion*. Hg. von SED-Kreisleitung Borna. Abteilung Agitation und Propaganda, S. 2.

Interessen des Volkes Israels, feindlich ist“.²⁹ Unter anderem findet man dort tendenziöse Behauptungen wie: „Der Zionismus ist die Theorie und Praxis der Aggression gegen die arabischen Staaten“,³⁰ „Die Zionisten haben viel dazu getan, um ihre antidemokratische Tätigkeit zu tarnen“,³¹ „In Wirklichkeit halten die Zionisten den Antisemitismus nicht etwa für etwas Böses. Für sie ist das eine Wohltat. Darüber hat übrigens der ‚geistige Vater‘ des Zionismus, Th. Herzl, in seinem Tagebuch geschrieben“,³² und „die rassistischen Ideen des Zionismus, die an die ‚Rassentheorie‘ der Nazis anklingen, finden in Israel ihren logischen Abschluss“.³³

Der Text enthält zudem erschreckende Argumentationen, die mit einer scheinbar vernünftigen Kritik an der Beziehung zwischen Israel und der Bundesrepublik beginnen, jedoch in einem antisemitischen Ton enden:

Die Zionisten denken heute nicht mehr daran, daß jüdische Kinder von den Nazimördern in den Öfen von Auschwitz und Maidanek verbrannt oder als Material für Experimente kannibalischer Ärzte in SS-Uniform benutzt wurden. Man muß freilich auch den heutigen Bonner Neonazis Gerechtigkeit widerfahren lassen: sie zürnten Tel Aviv nicht allzu lange, weil man dort Adolf Eichmann aufgehängt hatte. Geschäft ist Geschäft.³⁴

Ersetzt man „Zionisten“ durch „Juden“, so enthält der Text eindeutig antisemitische Vorurteile. Dennoch liest man in diesem letzten Zitat keine grundsätzliche Ablehnung der Existenz des Staates Israel oder der grundlegenden Idee eines Heimatlandes für das jüdische Volk, sondern eine (sehr scharfe) Kritik an der Art und Weise, wie der Zionismus damals in Israel umgesetzt wurde.

Die Jüdischen Gemeinden in der DDR befanden sich in einer komplexen Situation. Einerseits zeigte der 1952 gegründete Verband der Jüdischen Gemeinden in der DDR politische Verlässlichkeit. Andererseits erkannten die Gemeindeführungen die

²⁹ Ebd.

³⁰ BArch DO 4/1371, I. Wolf (Iswestija, 10. März 1970). In: Das Argument. Der Zionismus. Ein Werkzeug des Imperialismus, S. 3.

³¹ Ebd. S. 4.

³² Ebd.

³³ Ebd.

³⁴ Ebd., S. 3.

Gefahr des Antisemitismus in der antiisraelischen Linie der DDR. Daher sah sich die Jüdische Gemeinde veranlasst, politisch Stellung zu beziehen. Viele jüdische Funktionäre bemühten sich, die DDR-Behörden davon zu überzeugen, dass der Zionismus und Israel nicht derart negativ zu bewerten seien, in der Erwartung, so die Kritik am Zionismus abzuschwächen. Peter Kirchner, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde von Groß-Berlin, verfasste im November 1975 einen Bericht für den Staatssekretär für Kirchenfragen Hans Seigewasser:

In den Auseinandersetzungen werden Begriffskombinationen gebraucht wie z. B. folgende: alle Juden sind Zionisten; Zionismus ist Faschismus; Zionismus ist Rassismus, Zionismus ist Antisemitismus; Zionismus ist umgekehrter Antisemitismus, Antizionismus ist Antisemitismus, Verurteilung des Zionismus als eine Form von Rassismus ist nachträgliche Rechtfertigung des deutschen Faschismus.³⁵

Kirchner stellte fest, dass die Gefahr von Missverständnissen aus Mangel an klaren Definitionen von Zionismus besteht. In seinem Text blieb er parteitreu und bestätigte, dass auch aus jüdischer Sicht der Zionismus abgelehnt werden sollte, da „Juden [...] keine Nation, sondern eine Religionsgemeinschaft [sind]“³⁶. Kirchner warnte vor altbekannten Vorurteilen gegen Jüdinnen und Juden, die auch gegen den Zionismus vorgebracht werden, und schrieb:

Die Betonnung, daß die „jüdische“ Bourgeoisie besonders rektionär sei, ist insofern gefährlich, als die Hervorhebung des „jüdischen“ sehr an eine Verteufelung erinnert, die als „Finanzjudentum“ schon einmal mißbraucht wurde.³⁷

Weitere Kampagnen gegen Israel folgten nach dem ersten Libanonkrieg 1982 und prägten die 1980er-Jahre bis zum Fall der Berliner Mauer. Gleichzeitig entwickelte sich in der DDR eine neue Geschichtspolitik: Nach dem Motto ‚Erbe und Tradition‘ beanspruchte die DDR die gesamte deutsche Geschichte für

³⁵ BArch DO 4/1371, Brief an Staatssekretär für Kirchenfragen Hans Seigewasser, 27.11.1975.

³⁶ Ebd.

³⁷ Ebd.

sich.³⁸ Dies bedeutete auch eine neue Art von historischer, moralischer und gesellschaftlicher Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte. Neben kulturellen Veranstaltungen, die das jüdische Leben in Deutschland feierten, wurden in der DDR mit staatlichen Mitteln Synagogen wiederaufgebaut und DDR-Offizielle kooperierten mit israelischen Organisationen bei der Aufarbeitung der NS-Geschichte, zum Beispiel mit Yad Vashem.

Zusammenfassung

Im Verlauf der Jahre hat sich das Verhältnis der DDR zu Israel gewandelt. Obwohl es keine offiziellen diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern gab, zeigte die Führung der DDR zumindest in den frühen Jahren nach ihrer Gründung ein gewisses Verständnis gegenüber dem jüdischen Staat, insbesondere in Bezug auf die Verfolgung von Nazi- und Kriegsverbrechen. Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass auch Israel skeptisch war, wenn Funktionärinnen und Funktionäre der DDR Gespräche mit israelischen Delegierten führten.³⁹ Der Nahostkonflikt und die Interessen der Sowjetunion in Nahost erschwerten die Möglichkeit einer positiven Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern: Nach 1967 kritisierte die DDR in ihrer offiziellen „antifaschistischen Außenpolitik“ und Auslandspropaganda, die von Moskau gesteuert wurde, die Besetzung des Westjordanlandes und des Gazastreifens mit antiisraelischen und gelegentlich auch antisemitischen Argumenten.

Auf der anderen Seite der deutsch-deutschen Grenze, in der Bundesrepublik, entwickelte sich eine andere Art von Israel-

³⁸ Vgl. Horst Bartel: Erbe und Tradition in Geschichtsbild und Geschichtsforschung der DDR. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 29 (1981), S. 387–394.

³⁹ So wird in einem Schreiben des israelischen Konsulats in Bonn an das Außenministerium in Jerusalem auf mögliche Verbindungen zwischen jüdischen oder israelischen Einzelpersonen und offiziellen oder inoffiziellen ostdeutschen Organisationen hingewiesen. In diesem Fall sollte jede Kontaktaufnahme abgelehnt, aber dennoch überprüft werden. Israel National Archives, Bestand des israelischen Außenministeriums, Signatur ISA-mfa-Political-000kfql, 16. November 1959. Auch in den 1980er-Jahren wurden solche Kontaktaufnahmen mit Sorge wahrgenommen, siehe etwa das Schreiben des stellvertretenden Direktors des Außenministeriums an den Botschafter in Bonn über die Haltung der DDR zu Israel, über „die jüdischen Probleme und die Schuld der Vergangenheit“, vgl. Signatur ISA-mfa-mfa-000bn4j, 24. März 1986.

Politik. Bereits in den 1950er Jahren unterzeichnete die Bundesrepublik Deutschland das Wiedergutmachungsabkommen mit Israel als Zeichen seiner Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus. 1965 nahmen Israel und die Bundesrepublik offizielle diplomatische Beziehungen auf. Obwohl die Bundesrepublik die Existenz Israels als Heimat des jüdischen Volkes nicht infrage stellte, blieben andere Aspekte der Vergangenheitsbewältigung ungelöst. Viele Personen in der Bundesrepublik, die aktiv an der Durchführung der „Endlösung der Judenfrage“ im Dritten Reich beteiligt waren, bekleideten auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hohe politische Ämter, zum Beispiel in der Justiz und im diplomatischen Dienst. Auf Seiten der DDR sehen wir demgegenüber einerseits eine Ablehnung der politischen Entscheidungen Israels, gleichzeitig jedoch auch eine viel konsequentere Entnazifizierung als im Westen.

Die Ereignisse des letzten Jahres seit dem Hamas-Angriff auf Israel und dem Ausbruch des Krieges in Gaza werfen weitere Fragen über den vermeintlichen Konsens auf, der Israel als Teil der Staatsräson der Bundesrepublik verankert. Neben dem Antisemitismus rechtsextremer Kräfte, der über Jahre unterdrückt wurde und nun auch im Bundestag und in den Landtagen vertreten ist, wächst eine weitere Form des Antisemitismus. Diese stellt die Existenz Israels infrage und bezweifelt die Legitimität des Zionismus als nationale Bewegung des jüdischen Volkes. Die Argumente der Israel-Kritikerinnen und -Kritiker erinnern dabei stark an die alten Parolen der DDR. Trotzdem lässt sich argumentieren, dass die antiisraelische Politik der DDR zwar kritisch zu beurteilen ist, aber diese im angemessenen historischen Kontext betrachtet werden sollte. Die Auseinandersetzungen um die Haltung der deutschen Staaten gegenüber Israel und die deutsch-jüdische Geschichte des 20. Jahrhunderts prägten und werden weiterhin die historischen, politischen und gesellschaftlichen Diskurse in Deutschland prägen.

BILDNACHWEIS
 Abb. 1 Bundesarchiv,
 Bild 183-B0917-0008-001
 / CC-BY-SA 3.0, CC
 BY-SA 3.0 DE <[https://
 creativecommons.org/
 licenses/by-sa/3.0/de/
 deed.en](https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en)>, Wikimedia
 Commons
 Abb. 2 National
 Library of Israel, Jewish
 Historical Press
 Abb. 3 Wikicommons,
 Unknown photographer
 CZ: Autorem této
 fotografie je neznámá
 osoba. EN: Author of
 this photo is unknown
 person., Public domain